

wurde gestern durch den zeitigen Garnisonältesten aufgefordert, über sein zukünftiges Verhalten gegenüber dem vom preussischen Kriegsminister suspendirten Armeebischof Ramszanowski eine bestimmte Erklärung abzugeben. Die Unterredung endigte damit, daß Amtsbücher und Amtssiegel gegen Quittung den Militairbehörden abgeliefert wurden. Essen, 8. Juli. (R. B.) Der Strike nimmt seinen Fortgang. In den gestern und vorgestern abgehaltenen Versammlungen wurde die Fortsetzung desselben als selbstverständlich angenommen.

Nassau, 9. Juli. In der Festrede, welche Professor von Sybel nach Enthüllung des Steindenkmals hielt, hob derselbe hervor, wie Freiherr von Stein das Volk für die Befreiungskriege herangebildet, wie er mit scharfem Blick die Aufgaben des Staates der Zukunft aufgefaßt habe; ihm seien Staatsgewalt und Volkswohl in keiner Beziehung als Gegensätze erschienen. Der Redner gedachte alsdann des Verhältnisses, in welchem Stein die Religion zum Staate gedacht habe; er hob hervor, daß Stein ein entschiedener Gegner der Autokratie der Kirche gewesen sei und in dieser Beziehung vor Allem angestrebt habe, daß die Religion nur dem Vaterlande zu gute komme. Auch die Schule habe Stein ausschließlich als Sache des Staates betrachtet, weil sie die nationalste aller Anstalten sei. Der Redner schloß, indem er darauf hinwies, daß Stein's Ideal, die Einheit Deutschlands, nunmehr glücklich erreicht sei. — Nachdem die Rede zu Ende war, brachte ein Urenkel Stein's, Graf von der Gröben, ein Hoch auf den Kaiser aus, welches enthusiastisch aufgenommen wurde. — Auf dem Festplatze hatten wegen des beschränkten Raumes nur 50 Personen Zutritt gefunden. Außer den Majestäten, dem Kronprinzen, den Fürsten Boguslaw Radzwill und Wied waren keine fürstlichen Personen zugegen. Nach Beendigung der Feier besichtigten der Kaiser und die Kaiserin, sowie der Kronprinz das Denkmal und sprachen dem Bildhauer Johannes Pfuhl, sowie dem Baumeister ihre Anerkennung aus. Die allerhöchsten Herrschaften begaben sich alsbald zu Wagen nach Ems zurück, von wo die Kaiserin nach dem Diner die Reise nach Coblenz fortsetzen, während der Kronprinz bis morgen daselbst bleiben wird. Abends findet eine Beleuchtung der umliegenden Höhen statt.

Stuttgart, 8. Juli. Am 6. d. M. fand hieselbst eine größere Versammlung von Vertrauensmännern statt, in der über den Empfang des Kronprinzen des Deutschen Reiches, welcher Mitte August zur Inspicirung der württembergischen Truppen hierher kommen wird, berathen wurde. Die Versammlung beschloß, mit den bürgerlichen Collegien sich in Verbindung zu setzen und zunächst ein engeres Comité zu wählen, welches mit der Aufstellung eines Programmes der Festslichkeiten beauftragt wurde. In dasselbe wurden Männer der verschiedensten Kreise gewählt.

München, 9. Juli. Da die Convention zwischen Deutschland und Frankreich vom 29. Juni d. J. einige Abänderungen der Versailler Präliminarien vom 26. Februar v. J. und des Frankfurter Friedensvertrages vom 10. Mai v. J. enthält, zu welchen beiden völkerrechtlichen Tractaten seiner Zeit der Beitritt Bayerns förmlich erklärt worden war, hat der Reichscanzler die neu abgeschlossene Convention der k. bayerischen Regierung mit dem Ersuchen mitgetheilt, derselben die Zustimmung ertheilen zu wollen. Auf hierüber erstatteten Vortrag der Staatsministerien hat der König unterm 6. d. M. beschlossen, daß der fraglichen Uebereinkunft von Seiten Bayerns zugestimmt und eine Ministerialurkunde hierüber ausgefertigt werde. Diese Urkunde ist noch am nämlichen Tage nach Berlin übersendet worden.

Der Erzbischof Voos von Utrecht (als Haupt der Jansenisten befindet sich diese Diocese seit länger als einem Jahrhundert im Banne), welcher hierher gekommen war, um an den Kindern der Altkatholiken die Firmung vorzunehmen, hat gestern München wieder verlassen und wird zu gleichem Zwecke jene bayrischen Gemeinden bereisen, in denen das nämliche Bedürfnis vorhanden ist.

In der Sitzung des Magistrats am 5. d. M. wurde bekannt gemacht, daß beide Collegien die Bildung von Sanitäts-Commissionen und den für Einrichtung von Volksschulen erforderlichen Credit genehmigt haben.

Österreich.

Prag, 9. Juli. Wie man der „Boh.“ aus Raudnitz berichtet, wurden in Melnik zwei Israeliten zu wiederholten Malen zur Nachtzeit die Fenster mit Steinen eingeschlagen. Die beiden israelitischen Kaufleute, an denen dieser Exceß verübt wurde, haben sich veranlaßt gesehen, sich an den Statthalter um Schutz zu wenden, der

ihnen selbstverständlich auch sowie die strengste Untersuchung des Vorganges zugesagt wurde.

Italien.

Rom, 7. Juli. Der König befindet sich gegenwärtig in Piemont, wo derselbe den Sommer zuzubringen gedenkt.

Belgien.

Brüssel, 8. Juli. Das Brüsseler Zuchtpolizeigericht hat heute sein Urtheil in contumaciam in dem Proceß gegen Herrn Camille Rothomb, Henri, Herrn und Madame Baillieu, Madame Langrand-Dumonceau und ihren Sohn, Anatole Langrand, gesprochen. Die beiden Ersten wurden zu 7jährigem Gefängniß, die übrigen Angeklagten zu 3jährigem Gefängniß verurtheilt. Die beiden Ersten haben bereits Berufung angekündigt. (Der Proceß gegen Camille Rothomb und Genossen ist eine Episode in dem großen Langrand'schen Proceße. Die lange Proceßverhandlung bot einige sehr interessante Momente, um so mehr, als der Langrand'sche Schwindel tief in das politische Parteigetriebe eingreift.)

Frankreich.

Paris, 8. Juli. Die Regierung verlangt 150 Millionen für die durch den Verlust von Elsaß und Lothringen nothwendig gewordenen Fortificationsarbeiten. Die Armeecommission, an welche die Frage von der Budgetcommission gewiesen wurde, hat den Antrag gestellt, die Versammlung möge dafür eine aus Generalen bestehende Specialcommission wählen. Herr Thiers soll sich den Vorrath derselben reserviren und ferner die Ernennung der Hälfte ihrer Mitglieder in Anspruch nehmen.

Die „Correspondance Havas“ berichtet: „Das Gerücht, daß Herr Thiers bei Gelegenheit der Debatte über das Anlehen den Anlaß ergreifen werde, um seine Politik unter der Form einer Botenschaft eingehend auseinander zu setzen, gewinnt an Bestand.“

Dem Bernehmen nach hat die französische Regierung eine von gewissen Verhandlungen mit dem päpstlichen Stuhl bezüglich des Ortes der Abhaltung des nächsten Conclaves dahin beantwortet, daß sie zunächst nicht die mindeste Ursache habe zu bezweifeln, es werde das Conclave in Rom selbst in voller Freiheit wählen, daß sie aber auch im entgegengesetzten Falle sich verpflichtet erachten werde, nur nach vorgängigem Benehmen mit den andern betheiligten Mächten ihre Entschlüsse zu fassen.

Der „R. Z.“ wird gemeldet: „Das clericale legitimistische Blatt „Journal de la Haute-Marne“ wurde wegen seiner Angriffe gegen die deutschen Behörden unterdrückt, und zwar auf Verfügung der französischen Regierung.“

Wie die „R. Z.“ berichtet, sind in Nancy die Unterhandlungen mit dem General v. Manteuffel wegen Details über die Errichtung von Barackenlagern für einen Theil der deutschen Truppen bereits eröffnet.

„Evoement“ verräth heute, daß die Regierung noch von der letzten Anleihe über 500 Millionen in Cassé hat, welche sie sofort nach Berlin senden kann. — Das Umbenennen der Straßen geht von Neuem an; keine Straße soll nach einem lebenden Menschen mehr genannt werden; alle Namen, die an das Kaiserreich erinnern, fallen weg, nicht einmal Prince Eugène findet Gnade, dagegen sollen die Straßen: Berryer, Madame Roland, Lacordaire, Diderot und Socour Rosalie ihre Namen behalten. — In Abwesenheit des deutschen Botschafters Grafen Arnim wird der Legationsrath Graf Louis Wessdehlen als Geschäftsträger fungiren.

Die fortgesetzte Untersuchung hat ergeben, daß die Anzahl Derjenigen, welche sich dem Militairdienst während des letzten Krieges entzogen haben, sehr groß ist. Hier in Paris allein sind bis jetzt gegen 1000 junge Leute deshalb verhaftet worden.

Lyon, 8. Juli. Gestern wurde die hiesige Ausstellung eröffnet. Hr. Lefranc sprach sein Bedauern über die Abwesenheit des Handelsministers aus. „Ich vertrete“, fuhr der Minister fort, „in mehr allgemeiner Weise die großen Interessen dieses Landes, den Frieden, die Ordnung, die Achtung vor dem Geseze, welche für die Erhebung Frankreichs so wichtig sind, wie die Arbeit.“ Der Minister führte diesen Gedanken weiter aus und erklärte seine vollkommene Uebereinstimmung mit der Politik des Hrn. Thiers, welcher mit Unterstützung der Assemblée die Freiheit und die Republik fest zu begründen bestrebt sei.